

Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßte die Ausschussmitglieder, die Vertreterin und die Vertreter der Verwaltung sowie Herrn Wittenberg von der Allgemeinen Zeitung Coesfeld.

Er stellte fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 16. April 2012 form- und fristgerecht geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig sei.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (1. Teil)

Es waren keine Einwohner zur Fragestunde anwesend.

2 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

2.1 Finanzielle Auswirkungen des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst auf den Haushalt der Gemeinde Rosendahl - Herr Steindorf

Fraktionsvorsitzender Steindorf erkundigte sich, ob es bereits Berechnungen zu den finanziellen Auswirkungen des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst auf den Haushalt der Gemeinde Rosendahl gebe.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass es noch keine genauen Berechnungen gebe, er diese aber zur kommenden Ratssitzung am 3. Mai 2012 vorlegen könne.

2.2 Tieferlegung des Wirtschaftsweges im Bereich der Brücke Höpingen im Zuge des Baues des Bahntrassenradweges - Herr Steindorf

Fraktionsvorsitzender Steindorf teilte mit, dass durch die Einberufung einer Bürgerversammlung durch den Bürgermeister mit anschließender Abstimmung zum Thema der möglichen Tieferlegung des Wirtschaftsweges im Bereich der Brücke Höpingen, bei den Bürgern der Eindruck entstanden sei, dass eine Ratsentscheidung ohne Beteiligung des Rates revidiert worden sei. Das halte er für nicht tragbar und forderte eine Ergänzung der Tagesordnung der kommenden Ratssitzung zu diesem Thema um zu klären, ob der Rat hier gegebenenfalls von seinem Rückholrecht Gebrauch machen könne.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass im Jahr 2008 ein Ratsbeschluss erfolgt sei, wonach die Gemeinde Rosendahl sich zu 50 %, höchstens jedoch mit einer Summe von 7.500 €, an den Unternehmerkosten für die Absenkung des Wirtschaftsweges bzw. einer Anhebung des Brückenbauwerkes beteiligen werde, wenn die anderen 50 % der entstehenden Kosten von den Anliegern übernommen werden. Seinerzeit sei eine Einigung zwischen den Anliegern zu der Kostenbeteiligung nicht erreicht worden. Im März diesen Jahres habe der Kreis Steinfurt als Bauträger des „Bahntrassenradweges“ kurzfristig hierzu eine Entscheidung gefordert, um die geplante Rampe in diesem Bereich höhengleich anbinden zu können.

Aus diesem Grunde habe er die betroffenen Grundstückseigentümer und Anwohner kurzfristig zu einer Besprechung eingeladen und dabei abschließend über eine Abstimmung ein Meinungsbild erfragt. Dabei hätte sich die Mehrheit der anwesenden Grundstückseigentümer und Anlieger gegen eine Tieferlegung des Wirtschaftsweges ausgesprochen. Er habe ohnehin vorgehabt, hierüber in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses zu berichten ebenso wie in der Ratssitzung, so dass eine Erweiterung der Tagesordnung der Ratssitzung nicht erforderlich sei.

Damit erklärte sich der Fraktionsvorsitzende Steindorf einverstanden.

2.3 Tagesordnung der Ratssitzung am 3. Mai 2012 - Herr Schulze Baek

Ausschussmitglied Schulze Baek monierte, dass auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 3. Mai 2012 mehrere Punkte gesetzt worden seien, die seiner Ansicht nach zunächst im Ver- und Entsorgungsausschuss hätten beraten werden sollen. Bei zwei Punkten sei dies aufgrund der Eilbedürftigkeit vorab geklärt worden, bei den weiteren Punkten nicht. Er bitte ausdrücklich darum, in Zukunft die Zuständigkeit zu beachten und ihn als Ausschussvorsitzenden vorher zu informieren, wenn anders verfahren werden solle.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass er die geplanten Tagesordnungspunkte zügig habe voran bringen wollen und er dabei versehentlich die Information des Ausschussvorsitzenden des VEA versäumt habe. Er entschuldigte sich dafür.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die Durchführung der Beschlüsse aus der HFA-Sitzung am 15. Februar 2012.

Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

4 Festlegung der Vermarktungsbedingungen zum 01. Juli 2012 für die Veräußerung der gemeindlichen Wohnbaugrundstücke Vorlage: VIII/397

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/397.

Ausschussmitglied L.M. Meier wies darauf hin, dass die FDP-Fraktion nach wie vor der Meinung sei, dass Grundstücke grundsätzlich nicht von der Gemeinde vermarktet werden sollten, sondern dass dieses Geschäft in privater Hand besser aufgehoben sei. Eine Zustimmung zum Beschlussvorschlag werde daher gewissermaßen nur „Pro Forma“ erteilt.

Ausschussmitglied Riermann und Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärten für die WIR-Fraktion und die CDU-Fraktion, dass sie sich dem Beschlussvorschlag anschließen.

Der Ausschuss fasste sodann folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat**:

Die durch Ratsbeschluss vom 14. April 2011 für den Zeitraum 2011/2012 festgelegten Bedingungen für die Vergabe der gemeindlichen Wohnbaugrundstücke gelten für den Zeitraum vom 01. Juli 2012 bis 30. Juni 2013 fort.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5 Mitteilungen

Seitens der Verwaltung wurden keine Mitteilungen vorgetragen.

6 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (2. Teil)

Es waren keine Einwohner zur Fragestunde anwesend.

Niehues
Bürgermeister

Wisner-Herrmann
Schriftführerin